

Inhaltsverzeichnis.

I. Beschluß der Bürgerschaft vom 30. Januar 1907	S. 93.
II. Mitteilung des Senats vom 1. Februar 1907	" 93.
Aushilfe für den Gesundheitsrat	" 93.

Beschluß der Bürgerschaft

vom 30. Januar 1907.

**1. Enteignung des Grundstücks Ansgaritorstraße Nr. 1
und Ansgarikirchhof Nr. 11a, sowie Verkauf des von diesem Grundstück
verbleibenden Restgrundstücks.**

Die Bürgerschaft stimmt den Anträgen der Deputation für Regulierung der
Baulinien zu. (Verhdlgn. S. 11 unter Nr. 1—3.)

Sie ersucht ferner den Senat, die Deputation für Regulierung von Bau-
linien zu beauftragen, für den Ansgarikirchhof auf der Strecke zwischen Papenstraße
und Ansgaritorstraße eine Baulinie zu projektieren und darüber baldmöglichst zu
berichten.

2. Umbau des Gebäudes der Hauptschule.

Die Bürgerschaft genehmigt den vorgelegten Heizungsentwurf und bewilligt
die Kosten dafür mit 10 000 M. als außerordentliche Ausgabe auf das Budget des
laufenden Haushalts nach.

**3. Verbreiterung der Schwachhauser Heerstraße zwischen der Berkstraße
und dem Eisenbahndamm.**

Die Bürgerschaft genehmigt den von der Deputation für Regulierung der
Baulinien mit J. H. Klatte abgeschlossenen Kaufvertrag und bewilligt die Kauf-
summe mit M. 30 000
sowie für Kosten und Staatsabgabe " 500

zusammen... M. 30 500

auf das Budget des Ordentlichen Haushalts, Fonds Regulierung der Baulinien,
für 1907.

4. Wahl einer Kommission wegen Regulierung der Wulwesstraße.

Die Bürgerschaft erwählt zu Mitgliedern die Herren Richter Dr. Meyer,
Dr. von Buxtau, H. Gröning, C. A. Jacobi, W. Blanke, Emil Frese,
D. Sanders, F. W. Kienrich, F. Hefemeyer.

Mitteilung des Senats

vom 1. Februar 1907.

Aushilfe für den Gesundheitsrat.

Die Deputation für das Gesundheitswesen hat über diesen Gegenstand den
anliegenden Bericht erstattet. Der Senat stimmt dem Antrage der berichtenden
Deputation mit dem Bemerkten zu, daß die Finanzdeputation die beantragte Nach-
bewilligung anheimstellt, und ersucht die Bürgerschaft, ihm darin beizutreten.

Anlage.

Bericht.

Der Geschäftsführer des Gesundheitsrats hat mit Zustimmung der übrigen Mitglieder desselben berichtet, daß im Laufe der letzten zwei Jahre die Geschäfte des Gesundheitsrats so angewachsen seien, daß er und sein Stellvertreter trotz angestrengter Arbeit nicht mehr imstande seien, ihre Obliegenheiten vollständig und so rasch zu erfüllen, wie es die Bedeutung der Sachen erfordere. Wichtige von den Behörden geforderte Gutachten hätten manchmal monatelang unerledigt bleiben müssen oder nicht mit der nötigen Sorgfalt bearbeitet werden können, und auf die erforderliche Kenntnisaufnahme von der rasch fortschreitenden Literatur über das weitverzweigte Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege hätte schon längere Zeit fast ganz verzichtet werden müssen. Eine Verminderung der Arbeit sei nicht zu erwarten und daher eine Vermehrung der Arbeitskräfte nicht zu verschieben, wenn nicht die öffentliche Gesundheitspflege Schaden nehmen solle.

Die Deputation muß anerkennen, daß der Gesundheitsrat seit längerer Zeit mit Geschäften überlastet gewesen ist und daß ein normaler Zustand in der Erledigung der Arbeiten nur herbeigeführt werden kann durch Anstellung einer Hilfskraft. Dagegen hat sie sich noch nicht davon überzeugen können, daß die Geschäfte dauernd eine Zunahme erfahren haben, welche die Schaffung einer weiteren Beamtenstelle bei dem Gesundheitsrat erfordert. Zwar sind das rasche Wachstum der Stadt Bremen, welches in erster Linie auf einer Zunahme der Industrie beruht, und die stark fortschreitende Ausdehnung des Arbeitsgebietes der öffentlichen Gesundheitspflege, welche durch die rasch wachsende wissenschaftliche Erkenntnis der Ursachen der Krankheiten und der Mittel zu ihrer Verhütung sowie durch zahlreiche Gesetze und Anordnungen des Reiches bedingt ist, Umstände, welche eine dauernde Vermehrung der Arbeit aller Organe der öffentlichen Gesundheitspflege herbeigeführt haben und ferner herbeiführen werden. Daneben aber haben mehrere große außerordentliche Arbeiten in den beiden letzten Jahren den Gesundheitsrat stark in Anspruch genommen, von denen hier nur die Abführung der Abwässer der Stadt Bremen, die Trinkwasserfrage, die Revision der Bauordnung, die Milchordnung, die Bekämpfung der Pest- und Cholera-Gefahr bei ungewöhnlich lebhaftem Schiffs- und Auswandererverkehr genannt sein mögen, die zum Teil wochenlange Informationsreisen verursacht haben. Dazu kommt, daß in nächster Zeit die Organisation des freisärztlichen Dienstes für die Stadt Bremen, dessen Aufgaben ebenfalls gewachsen sind, einer Änderung bedarf, mit der vielleicht eine gewisse Entlastung des Geschäftsführers des Gesundheitsrats verbunden werden könnte. Bei dieser Sachlage glaubt die Deputation zunächst nur die Gewährung der Mittel zur Anstellung einer provisorischen Hilfskraft beantragen zu sollen. Ein geeigneter Mediziner, welcher die freisärztliche Prüfung bestanden hat, würde für ein monatliches Honorar von 400 M. zu gewinnen sein, wenn ihm die Freiheit gelassen würde, einige Tagesstunden seiner Praxis zu widmen.

Die Deputation bittet um die Genehmigung der Hilfskraft, um Nachbewilligung des Honorars derselben für die Monate Februar und März d. J. mit 800 M. und um Einstellung eines Jahreshonorars für Hülfsleistung mit 4800 M. in das nächstjährige Budget.

Bremen, den 21. Januar 1907.

Die Deputation für das Gesundheitswesen.

(gez.) Stadtländer.

(gez.) F. Garbrecht.